

Generalsekretär Volker Rühle:

Gemeinsam schaffen wir's

Nur noch 32 Tage trennen uns von der ersten gesamtdeutschen Wahl. Der 2. Dezember ist der Tag, an dem die Weichen für die Zukunft unseres geeinten Deutschland gestellt werden. Noch nie waren die Alternativen für die Wähler klarer. Nicht die Einheit, der Sozialismus war die Lebenslüge der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte.

„Sozialismus ist wie Krieg gegen das eigene Volk.“ Das sagen heute sowjetische Politiker. Und das sehen wir auch an den materiellen und psychischen Zerstörungen in der ehemaligen DDR. Sozialismus — das ist Trümmer schaffen ohne Waffen.

Der Sozialismus ist auch als Idee tot. Die Soziale Marktwirtschaft lebt. Und dennoch schreibt die SPD noch immer den Sozialismus in ihr Grundsatprogramm. Wer jedoch den Sozialismus noch ins Grundsatprogramm schreibt, der hat den Sozialismus noch im Kopf, und der kann auf die Herausforderungen dieser Zeit keine zeitgemäßen Antworten geben.

Der „neue Weg“, den die SPD jetzt auf ihren Wahlplakaten verspricht, ist in Wirklichkeit nichts anderes als der alte Trampelpfad in neue Krisen.

Die SPD ist vielleicht eine Partei für einen politischen Abenteuerflug, aber nicht für schwierige Zeiten. Deshalb kann sich Deutschland am 2. Dezember einen Fehlstart mit den Sozialdemokraten nicht leisten.

Jedermann kann es Lafontaine ansehen, daß er sich über die Einheit nicht freut. Wir freuen uns auf

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Norbert Blüm**
Erhöhungen für alle Renten in den neuen Bundesländern.
Seite 5
- **Asyl**
Massenhafter Mißbrauch muß verhindert werden.
Seite 9
- **Sozialdemokraten**
Heiner Geißler: Widersprüche und Defizite im Wahlprogramm „Fortschritt 90“.
Seite 15
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Für den Bundestagswahlkampf 90: Plakate, Rahmenplakate, Aufkleber.
Seite 21
- **Dokumentation**
Bildung als Zukunftsinvestition. Grüner Teil

Parteivermögen

Generalsekretär Volker Rühle legte in Bonn eine Bilanz über das angebliche Vermögen der ehemaligen Ost-CDU vor. Seite 11

(Fortsetzung von Seite 1)

Deutschland. Wir wissen, daß wir hart arbeiten müssen, aber wer sich nicht auf Deutschland freut, der wird es nie schaffen, mit den Problemen fertig zu werden.

Wir freuen uns:

■ daß die Menschen ohne Angst leben können, nicht mehr bespitzelt werden, nicht mehr in einem Klima der Verlogenheit und Unaufrichtigkeit leben müssen,

■ daß die Menschen nicht mehr rücksichtslos ausgebeutet werden, sondern sich mit ihrer Hände Arbeit Wohlstand selbst erarbeiten können,

■ daß Schluß ist mit dem zynischen und menschenunwürdigen Umgang mit der Umwelt und der Gesundheit der Menschen,

■ daß die sowjetischen Soldaten abgezogen werden.

Die SPD präsentiert einen Kanzlerkandidaten, der die Deutschen in einer Zeit spaltet, in der wir solidarisch zusammenstehen müssen. An die Stelle einer Mauer aus Stacheldraht und Steinen errichtet er eine Mauer aus Neid und Mißgunst.

Deutschland braucht einen Kanzler, der die Menschen eint und sie nicht wieder trennt. Deshalb ist Lafontaine der falsche Mann zur falschen Zeit. Für Lafontaine bleibt auch das vereinigte Deutschland ein Provisorium. Ich frage Sie: Welcher Franzose würde Frankreich als Provisorium bezeichnen?

Deutschland ist unser Vaterland. Die Wiedervereinigung Deutschlands wird die Einheit eines freien und demokratischen Europa vorantreiben. Wir sind die Partei der Einheit, und deshalb kämpfen wir um das Mandat, Deutschland in eine gute und sichere Zukunft zu führen. Wir sind die Partei für schwierige Zeiten und historische Weichenstellungen, deshalb werden wir gerade jetzt gebraucht.

Vor uns liegen harte Aufbaujahre. Dies bestreitet niemand. Und niemand bestreitet, daß dies Anstrengungen und die Bereitschaft zum Teilen voraussetzt. Aber wichtig ist es, jetzt zusammenzustehen und am 2. Dezember die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Zwei Dinge entscheiden über die Zukunft Deutschlands:

Erstens: Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit muß erhalten bleiben. Die Wirtschaftskraft unseres Landes ist das A und O unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherheit. Sie schafft die Voraussetzungen für Arbeitsplätze und effizienten Umweltschutz. Wenn die Wirtschaft läuft, gelingt es auch, die Erblast des Sozialismus schnell zu überwinden.

Wer, wenn nicht die CDU, soll es eigentlich schaffen, die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen? Doch jetzt lamentiert die SPD über die Kosten der Einheit. Es geht nicht darum, rote Schwarzmalerei zu betreiben. Es geht jetzt um das bessere Konzept für Deutschland. Wir haben den Kanzler für Deutschland und das Programm für Deutschland. Wer Helmut Kohl wählt, wählt den Weg in eine gute Zukunft für alle Deutschen. Wer Lafontaine wählt, den bestraft die Geschichte.

Zweitens: So wichtig es ist, daß wir unsere inneren Probleme lösen — wir dürfen eines nicht übersehen: Über unsere Zukunft entscheidet wesentlich mit, was rings um uns herum in Europa und in der Welt passiert. Die Außenpolitik bleibt auch in Zukunft eine existentielle Frage für uns Deutsche. Als Land im Zentrum des Kontinents mit den meisten Nachbarn, als Welthandelsnation sind wir, wie kaum ein anderes Land, auf gute Zusammenarbeit, Vertrauen und

Verlässlichkeit angewiesen. Gerade die letzten Monate auf dem Weg zur deutschen Einheit haben dies gezeigt. Was in den zurückliegenden Jahren an Vertrauen in Ost und West aufgebaut wurde, darf jetzt nicht durch einen außenpolitisch unerfahrenen und unberechenbaren Lafontaine aufs Spiel gesetzt werden.

Die SPD ist die Partei der historischen Irrtümer

Hätte sich 1949 nicht Ludwig Erhard, sondern die SPD mit ihren planwirtschaftlichen Vorstellungen durchgesetzt, dann bräuchten wir heute Wirtschaftshilfe. Stattdessen sind wir in der Lage, den Ländern Osteuropas zu helfen.

Hätte sich nicht Konrad Adenauer mit seiner Politik für die Westintegration und die Europäische Einheit durchgesetzt, sondern die SPD mit ihrem neutralistischen Kurs, dann hätten wir nicht 40 Jahre in Frieden und Freiheit gelebt. Stattdessen sind wir es heute, die den Menschen in Osteuropa dabei helfen können, für sich Freiheit und Demokratie aufzubauen.

Wir haben hervorragende Chancen.

Aber noch ist die Wahl nicht gewonnen.

Die SPD ist angeschlagen aber noch nicht geschlagen. Der Wahlkampf endet erst am 1. Dezember. Erst am Wahltag, um 18.00 Uhr, ist die Wahl entschieden. Die abgegebenen Stimmen entscheiden; nicht die Wahlumfragen.

Unser Wahlkampfgegner neben der SPD heißt: daß wir selbst und die Wähler glauben, alles wäre schon entschieden. Der beste Wahlhelfer der SPD ist der Wahlmuffel. Er ist SPD-Genosse, weil jeder, der nicht zur Wahl geht, Lafontaine und ein rot-grünes Bündnis wählt.

CDU-Landesverbände in den neuen Ländern

Anschrift Landesverband

Brandenburg

Schopenhauerstraße 39
O-1570 Potsdam
Telefon (0037 33) 2 10 23 und 2 24 00
über Berlin (0 30) 2 15 10 76

Mecklenburg-Vorpommern

Wielandstraße 8
O-2500 Rostock 1
Telefon (0037 81) 2 28 58
Fax 2 35 41

Sachsen-Anhalt

Lübecker Straße 8 B
O-3018 Magdeburg
Telefon (0037 91) 2 24 0 12

Sachsen

Straße der Befreiung 21
O-8060 Dresden
Telefon (0037 51) 5 30 43/45

Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
O-5082 Erfurt
Telefon (0037 61) 3 16 52/53
Telefax (0037 61) 6 20 43

Die CDU braucht jede Stimme. Und vor allem braucht sie die Erst- und die Zweitstimme. Die Erststimme braucht der Wahlkreisandidat. Die Zweitstimme braucht die CDU für die Mehrheit im Bundestag. Die Zweitstimme entscheidet, wer Bundeskanzler wird.

Die Zweitstimme ist die Kanzlerstimme. In schwerer See tauscht man nicht den erfahrenen Kapitän aus.

**Helmut Kohl
muß Kanzler bleiben!
Gemeinsam schaffen wir's.**

Lafontaines Offenbarungseid

Saarland bittet um Teilentschuldung

Die Forderung nach Teilentschuldung des Haushaltes im Saarland — es geht um eine Summe von sechs Milliarden Mark — kommt einem Offenbarungseid seines Ministerpräsidenten, des Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine, gleich. Er hat sich als schlechter Manager und Sachwalter seines Landes erwiesen. Seine Wirtschaftspolitik war wenig erfolgreich.

Dies erlaubt nur die Schlußfolgerung, daß er den ökonomischen Sachverstand, den er immer wieder für sich reklamiert, nicht besitzt. Man kann nur froh sein, daß man seinen Ratschlägen, wie die Probleme in den neuen Bundesländern anzu-

gehen seien, nicht gefolgt ist. Dies hätte nicht zu einem stetigen Aufbau der Wirtschaftskraft in der ehemaligen DDR, sondern, wie das Beispiel Saarland deutlich zeigt, zu einem weiteren Abbau geführt.

Rudolf Kraus, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag stellt dazu fest: Der Pleitegeier ist Kennzeichen der Lafontaineschen Wirtschaftspolitik im Saarland. Wer seine Angelegenheiten im Kleinen nicht bewältigen kann, dem steht es schlecht zu Gesicht, die Verantwortung für ganz Deutschland anzustreben. Lafontaine sollte erst einmal sehen, daß er den Haushalt im Saarland wieder in Ordnung bringt.

Verständlicher wird jetzt auch, wieso Lafontaine in der anstehenden Haushaltsdebatte zum dritten Nachtragshaushalt nicht vor dem Bundestag auftritt. Er müsse dann zu einem Thema Stellung beziehen, von dem er erwiesenermaßen nicht sehr viel Ahnung hat.

Saarland liegt zurück

Nach einer Untersuchung der Saar-LB hinkt das von SPD-Kandidat Lafontaine regierte Saarland hinter dem Bundesdurchschnitt zurück:

- Im ersten Halbjahr 1990 stagnierte die Industrieproduktion, während sie im Bundesdurchschnitt 4,8 Prozent erzielte.
- Seit 1980 erhöhte sich die reale gesamtwirtschaftliche Leistung an der Saar um 14,6 Prozent, im Bundesgebiet 18,4 Prozent. Zum Vergleich: Bayern lag mit 27 Prozent auf Platz 1.
- In den 80er Jahren erreichte die Wachstumsrate pro Einwohner mit 15,9 Prozent nicht den Bundesdurchschnitt von 17,6 Prozent.
- Im Jahr 1989 erbrachte das Saarland zwar 4,8 Prozent mehr gesamtwirtschaftliche Leistung als im Vorjahr. Die Bundesrepublik erreichte jedoch ein Plus von 6 Prozent.

(Handelsblatt, 11. 10. 1990)

Zitat

„Die meisten Menschen in der Bundesrepublik schlafen gut, weil sie keine Angst haben, daß Lafontaine Kanzler und Sie Finanzminister werden.“

Finanzminister Theo Waigel
an Frau Matthäus-Maier gewandt

Helmut Kohl kennt jeder

Bundeskanzler Helmut Kohl ist in England der bekannteste ausländische Politiker, das ergab eine Harris-Umfrage. Und: Deutsche gelten auf der Insel als die cleversten und tüchtigsten Europäer.

(Bild, 30. 10. 1990)

Norbert Blüm: Erhöhungen für alle Renten in den neuen Ländern

Die 15%ige Rentenerhöhung ist keine willkürliche Entscheidung. Sie entspricht der Lohnentwicklung in der ehemaligen DDR. Da die Nettolöhne auch nach Einschätzung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute 1991 in den neuen Bundesländern wahrscheinlich um 20 Prozent wachsen, folgt die weitere genauere Anpassung an die Lohnentwicklung bei der Rentenerhöhung zum 1. Juli 1991.

Die Antwort der SPD für die Kleinrentner ist eine Sonderregelung über die Dynamisierung des Sozialzuschlags. Unsere Antwort ist systematischer: An keiner Rente wird die Rentenerhöhung vorbeigehen. Sie wird auf den Sozialzuschlag nicht angerechnet. Bei einer 330 DM-Rente wird also die Rente um 15 Prozent angehoben. Der Sozialzuschlag von 165 DM bei dieser Rente bleibt unverändert. Die 15 %ige Rentenerhöhung wird also auf die 495 DM aufgestockt, so daß dieser Rentner eine Gesamtversorgung von 545 DM erhält. Das ist nicht weniger als im SPD-Vorschlag.

Das zweite Beispiel: Eine Rente von 330 DM ist ergänzt durch eine Witwenrente von 90 DM. Beide werden um 15 Prozent erhöht, also auf 380 DM bzw. 104 DM angehoben.

Der Sozialzuschlag beträgt 75 DM wie bisher. Die Gesamtrente beträgt 559 DM. Das ist mehr als im Vorschlag der SPD.

Wir brauchen auch in den fünf neuen Bundesländern eine ordentliche Sozialhilfe, die bedarfsgerecht ist. Ein globaler Sozialzuschlag knüpft nicht unbedingt an

die Bedarfslage an. Denn von ihm wird auch jener Rentner begünstigt, dessen Ehepartner vielleicht ein hohes Erwerbseinkommen oder eine hohe Rente erhält. Das zeigt, wie wenig treffsicher im Grunde der Sozialzuschlag ist.

Die Sozialhilfe hingegen trifft den Bedarf genauer. Und sie ist nichts Ehrenrühriges.

Die Kooperation zwischen Sozialhilfe und Rentenversicherung muß allerdings

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vor dem Bundestag: Die in den neuen Bundesländern vorgesehene Rentenerhöhung von 15 Prozent zum 1. Januar 1991 wird an keinem Rentner vorbeigehen, da diese Erhöhung auf den Sozialzuschlag nicht angerechnet wird.

verbessert werden. Aber ich wehre mich dagegen, unser lohnbezogenes Rentensystem mit immer mehr Bedarfsgesichtspunkten auszustatten, weil dies die lohnbezogene Selbständigkeit der Renten unterminiert und ein Moment der Unsicherheit in unsere gute Rentenversicherung bringt.

Das große Sozialproblem in der ehemaligen DDR ist die Lage der Witwen. Im Todesfall des Mannes sinkt ihr Einkommen über Nacht rapide. 90 DM Witwenrente — das war die sozialistische „Leistung“. Mit der Übernahme des gesamten Rentenrechts, das in der Bundesrepublik

gilt, wird sich die Lage dieser Witwen wesentlich verbessern. Sie erhalten eine 60 %ige Witwenrente, die sich erst bei einer sehr hohen eigenen Rente vermindert. Die Frage, die wir zu beantworten haben, ist, ob wir diese Übernahme schon im nächsten Jahr schrittweise vornehmen, nicht erst den 1. Januar 1992 abwarten.

Die Nachricht für alle Rentner in der ehemaligen DDR ist: Wir wollen und werden ihre soziale Lage handfest verbessern. Das haben wir bereits getan mit der Sozialunion. Und die Anpassung der Renten in der ehemaligen DDR wird höher sein als im alten Bundesgebiet, denn die Rentner in der ehemaligen DDR müssen auch aufholen. Ihre Rente entspricht derzeit noch nicht einmal der Hälfte der Rente im alten Bundesgebiet.

Die Eckrente nach 45 Jahren beträgt im Westteil Deutschlands 1.667 DM, in den fünf neuen Bundesländern 672 DM. Vor der Sozialunion betrug der Abstand 30:100. Mit der Sozialunion erreichte er 40 Prozent. Jetzt klettert er auf 46 Prozent. Es ist ein Gebot sozialstaatlicher Solidarität, den Ausgleich kräftig anzugehen. Unser Rentensystem bietet dazu die verlässliche lohnbezogene Anpassung. Schon nach wenigen Anpassungen wird der Großteil der Rentner die Sozialzuschlagsschwelle überwunden haben. Von den 3,1 Mio. Rentnern sind es jetzt schon 2,7 Mio., die Renten oberhalb der Sozialzuschlagsgrenze erhalten.

Kein Rentner in keinem Teil Deutschlands muß fürchten, daß seine Rente gefährdet ist. Rentensicherheit hat Vorfahrt. Eine Generation, die vieles erlebt und erlitten hat, hat einen Anspruch auf sichere Renten. Diesem Anspruch dient unsere Rentenpolitik. An den Verbesserungen der Renten nehmen auch die Kriegsoffer in den neuen Bundesländern teil. Wir steigen in die Kriegsopferversorgung in den neuen Bundesländern also

jetzt mit 15 Prozent höheren Kriegsofferrenten ein als ursprünglich vorgesehen. Und wichtig ist, daß die Kriegsoffergrundrente auf die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht angerechnet wird.

Der Sozialstaat Deutschland ist das gemeinsame Dach sozialer Sicherheit. Deshalb wird mit der Übernahme von Renten, Kriegsofferrenten, Wohngeld und Sozialhilfe ein differenziertes Sozialstaatsangebot auch in den neuen Bundesländern aufgebaut. Den Angstmachern setzen wir eine Politik konkreter Hilfen entgegen. Wir versprechen nicht mehr, als wir halten. Aber wir halten mindestens das, was wir versprochen haben.

Bestätigt

Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), ist in seinem Amt bestätigt worden. Der 52jährige Christdemokrat, der ohne Gegenkandidat ins Rennen gegangen war, erhielt beim 19. Ordentlichen Bundeskongreß der GdP 167 der 204 Delegierten-Stimmen.

Neuer MIT-Hauptgeschäftsführer

Der Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat Diplom-Betriebswirt Peter Helmes (46) zum neuen Hauptgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung gewählt. Helmes war elf Jahre in verschiedenen Geschäftsführerpositionen der CDU/CSU tätig, davon acht Jahre als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union und zwei Jahre als Geschäftsführer der Mittelstandsvereinigung. Er tritt die Nachfolge von Dr. Peter Spary an, der die Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes des Groß- und Außenhandels übernommen hat.

Unter Lafontaine wäre Deutschland noch geteilt

Zum ersten Mal verabschiedete der Bundestag einen Haushalt für das ganze Deutschland. Wir stellen damit die Gelder zur Verfügung, die zur Beseitigung des Sozialismus gebraucht werden. Deshalb ist er für uns vorrangig ein Anlaß zur Freude, auch wenn das leider einige noch immer anders sehen, erklärt Friedrich Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.

Wer wie Lafontaine behauptet, die ehemalige DDR sei vor der Öffnung der Mauer noch ein führendes Industrieland gewesen, und wer noch vor einem knappem Jahr auf dem SPD-Parteitag gesagt hat: „Wer unser System preist, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden“ — wie soll der den Sozialismus überwinden können?

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Marksteine gesetzt auf dem Weg zur deutschen Einheit:

- Am 28. November 1989 hat er den Zehn-Punkte-Plan vorgelegt.
- Zum 1. Juli dieses Jahres hat er die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verwirklicht.
- Noch im gleichen Monat traf er sich mit Michail Gorbatschow im Kaukasus und erlangte dort die Zustimmung der Sowjetunion zur Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands.
- Im September erreichten wir in den 2 + 4-Gesprächen die Zustimmung der Alliierten zur vollen Souveränität Deutschlands zum Tag der Einigung.
- Am 3. Oktober konnten wir die so lange ersehnte deutsche Einheit feiern.

Wir danken an dieser Stelle ganz besonders Minister Wolfgang Schäuble für seinen großen Einsatz bei der Erarbeitung des Einigungsvertrages.

Jetzt zeigt sich, wie richtig unser Weg war und ist. Die Soziale Marktwirtschaft erringt ihren größten Erfolg und Sieg über den Sozialismus. Wir gehen jetzt daran, Wohlstand und soziale Sicherheit auch in den neuen Bundesländern zu ermöglichen. Dazu dient im besonderen Maße dieser Nachtragshaushalt.

Lafontaine hätte dagegen kein Angebot für eine Währungsunion gemacht. Bis heute predigt er landauf, landab, die Währungsunion sei viel zu früh gekommen.

Die SPD-Finanzexpertin Matthäus-Maier sagte dazu Anfang dieses Jahres:

„Die Schaffung einer konvertiblen DDR-Mark aus eigener Kraft erfordert viel Zeit — Zeit, die die DDR nicht hat . . . Eine Währungsunion mit der DM wäre für die Bürger in der DDR ein einsichtiges und überzeugendes Signal für eine rasche wirtschaftliche Besserung, das sie zum Bleiben in ihrer Heimat veranlassen könnte.“
(Interview in der Zeit, 19. 1. 1990)

Ich empfehle dem SPD-Kandidaten Nachhilfeunterricht bei seiner Kollegin Matthäus-Maier. Außerdem empfehle ich Lafontaine, einmal in der SPD-Parteienzentrale anzurufen. Während er die schnelle Einführung der Währungsunion beklagt, schreibt die SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs in ihrem Wahlkampfhandbuch:

„Kohl hält seine Versprechungen nicht. Erst auf den Druck der Straße hin hat er die D-Mark eingeführt — . . . mit erheblicher Verzögerung.“ (S. 11)

Im Wahlkampfhandbuch wird die angeblich verspätete Währungsunion kritisiert, während auf der Titelseite des Handbuches der Genosse Lafontaine abgebildet ist, der die Währungsunion als überhastet bezeichnet! Ja, was denn nun? Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Fuchs, werde ich Herrn Lafontaine ein Exemplar dieses Handbuches zusenden, damit er sich auf die Wahlkampflinie Ihrer Partei einstellen kann.

Konrad Adenauer sagte 1952 prophetisch:

„Die Europäischen Gemeinschaften beschränken sich auf West-Europa. Der Bund der europäischen Völker wird aber anziehend und werbend auf andere europäische Länder wirken und damit ein kräftiges Werkzeug zur Wiedervereinigung Deutschlands so gut wie für die Bildung der Europäischen Einheit werden.“

Diese Vision verwirklicht sich heute. Wir leben in einer großartigen Zeit. Die deutsche Einheit ist wiedererlangt, wir blicken jetzt auf die Einheit Europas. Auch die Völker Mittel- und Osteuropas haben sich wieder Europa zuwenden dürfen. Heute leben wir in der friedlichsten Region der Welt.

Nachdem viele von uns, unsere Eltern und Großeltern, in jeder Generation einen Krieg erleben mußten, haben wir und unsere Jugend die großartige Chance, ein freies Leben in einem Europa des Friedens und des Wohlstands zu führen. Gleichzeitig haben wir die Mittel frei, um den Entwicklungsländern helfen zu können. So kann auch dort politischer und sozialer Friede geschaffen und erhalten werden.

Es ist eine faszinierende Aufgabe, vor der wir stehen. Es sind große Chancen, die wir in Deutschland und Europa haben. Wir sind bereit und wir fühlen uns verpflichtet, diese Chancen wahrzunehmen. Dazu dient auch dieser Haushalt. ■

Achtung Anzeigen! Erste Schaltung am 15. November

In diesem Wahlkampf werden wir Anzeigen schalten in: regionalen Tageszeitungen (West und neue Bundesländer), überregionale Tageszeitungen, Kaufzeitungen, Anzeigenblätter.

Folgende Termine sind vorgesehen:

Donnerstag, 15. November 1990

Kaufzeitungen

Zeitungen neue Bundesländer

Freitag, 16. November 1990

überregionale Tageszeitungen West

überregionale Tageszeitungen

Montag, 19. November 1990

Kaufzeitungen

Zeitungen neue Bundesländer

Dienstag, 20. November 1990

regionale Tageszeitungen West

überregionale Tageszeitungen

Donnerstag, 22. November 1990

Kaufzeitungen

Zeitungen neue Bundesländer

Freitag, 23. November 1990

regionale Tageszeitungen West

überregionale Tageszeitungen

Montag, 26. November 1990

Kaufzeitungen

Dienstag, 27. November 1990

regionale Tageszeitungen West

Mittwoch, 28. November 1990

Zeitungen neue Bundesländer

überregionale Tageszeitungen

Donnerstag, 29. November 1990

regionale Tageszeitungen West

Kaufzeitungen

Anzeigenblätter

Freitag, 30. November 1990

Kaufzeitungen

überregionale Tageszeitungen

Zeitungen neue Bundesländer

Samstag, 1. Dezember 1990

regionale Tageszeitungen West

Johannes Gerster:

Massenhaften Asylmißbrauch verhindern

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. So steht es in unserer Verfassung. Kein Politiker der Union denkt daran, dieses Asylrecht für politisch Verfolgte abzuschaffen. Wir werden das Grundrecht des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG aber auf Dauer nur sichern können, wenn es uns gelingt, seinen massenhaften Mißbrauch zu verhindern.

Die Zahl der Asylbewerber lag im vergangenen Jahr deutlich über 120.000, was eine Zunahme von 18 Prozent gegenüber 1988 bedeutete. Bis Ende August 1990 wurde die Gesamtzahl von 1989 in etwa bereits erreicht. Man kann sich ausrechnen, daß wir im Jahre 1990 auf 200.000 Asylbewerber kommen werden, wenn sich nichts grundlegend ändert. Auf der anderen Seite liegt die Asylanerkennungsquote derzeit nur bei rund 3 Prozent.

Angesichts dieser Zahlenverhältnisse ist es unausweichlich, auch Ergänzungen des Asylgrundrechtes der Verfassung in die Überlegungen einzubeziehen. Zahlen und Statistiken belegen: Viel zu oft ist nicht politische Verfolgung Grund für den Asylantrag; Asylanträge werden in beachtlichem Umfang allein deshalb gestellt, um in der Bundesrepublik Deutschland Bleiberechte zu erhalten, weil dies die automatische Folge unserer Gesetzes- und Verfassungslage ist.

Selbst bei dem SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine scheint sich dies inzwischen herumgesprochen zu haben. Selbst bei ihm hat sich die Erkenntnis durchge-

setzt, daß ohne eine Modifizierung der Grundgesetzbestimmungen eine grundlegende Änderung unserer Asylsituation nicht erreicht werden kann. Auf eine Äußerung der SPD-Fraktion, welcher der vielen auf dem Tisch liegenden Änderungsvorschläge die Unterstützung der SPD finden könnte, werden wir allerdings noch lange warten müssen. Sie haben Lafontaine mit seinem Vorschlag auf Sand laufen lassen. Es sieht nicht danach aus, daß sich innerhalb der SPD eine Hand rührt, die Lafontaine in seinen Vorschlägen unterstützt.

Solange die SPD eine grundlegende Lösung weiter blockiert, muß versucht werden, unterhalb der Schwelle einer Grundgesetzänderung alle — wenn auch bescheidenen — Möglichkeiten auszuschöpfen, das Anwachsen des Zuzugs in halbwegs kontrollierbaren Bahnen zu halten. Dazu gehört, daß wir die Anerkennungsverfahren, soweit es geht, zeitlich noch mehr straffen.

Die SPD hat im übrigen nicht nur blockiert, indem sie sich einer Grundgesetzänderung versagt hat, sie hat auch in den Bundesländern durch eigenes Verhalten aktiv zur Verschärfung der Asylrechtssituation maßgeblich beigetragen. Zu erin- nern ist z. B. an folgende Maßnahmen:

1. Innenminister Schnoor hat Anfang des Jahres 1990 „unter dem Druck der Straße“ nach einem Bettelmarsch von Sinti und Roma nach Düsseldorf diesen Sinti und Roma an Gesetz und Recht vorbei faktisch Bleiberechte verschafft. Er hat ihnen trotz bereits abgeschlossener Verfahren neue Prüfungsverfahren eröff-

net, indem er die Rechtsfigur der „Defacto-Staatenlosen“ schlicht erfunden hat.

2. Die Berliner SPD/Grüne-Regierung hat mit ihrem Ausländererlaß von Mitte 1989 allen Ausländern Bleiberechte verschafft, die sich z. B. länger als fünf Jahre in Berlin aufhalten, unabhängig davon, ob das Ausländerrecht hierfür eine rechtliche Grundlage bietet. Die Berliner Regierung hat damit auf gröblichste Weise die notwendige Solidarität gegenüber dem Bund und gegenüber anderen Bundesländern verletzt.

3. In der Diskussion um die Behandlung von Asylbewerbern und deutschen Aussiedlern prägt Oskar Lafontaine das schlimme Wort von der „übertriebenen Deutschümelei“ und stellt die Frage, ob etwa einem Farbigen aus Afrika, dessen Bedrohung größer sei, nicht Vorrang vor einem Aussiedler gegeben werden müsse. Sein Aufruf zu solidarischem Verhalten gegenüber den Asylbewerbern brach allerdings schlagartig in sich zusammen, als Lafontaine dann selbst einmal in der saarländischen Gemeinde Lebach erleben mußte, wie die massenweise Zusammenballung von ausländischen Asylbewerbern mit ihren Folgeerscheinungen zu Bürgerprotest und zum Auftreten von Fremdenfeindlichkeit führte.

Zur Straffung der Anerkennungsverfahren ist in der Vergangenheit durch den Gesetzgeber, aber auch durch organisatorische Verbesserungen viel getan worden. Eine beachtliche Verkürzung hat z. B. die Einführung zentraler Ausländerstellen gebracht, bei denen Ausländerbehörden der Länder und Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge räumlich eng zusammen kooperieren. Anerkennungsverfahren, die früher 13 Monate und länger gedauert haben, können nunmehr immer bis fünf Wochen abgewickelt werden.

Auch das Gesetz zur Neuregelung des Ausländergesetzes, das am 1. Januar 1991 in Kraft treten wird, sieht Regelungen zur Beschleunigung und Straffung des Asylverfahrens vor.

Dies gilt u. a. z. B. für die Einführung des sog. „Familienasyls“, durch das die Verwaltungsbehörden und Gerichte von zahlreichen, in der Regel aussichtslosen Verfahren der Ehepartner und minderjährigen Kinder entlastet werden, oder aber für den Wegfall der Beschwerde im verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren sowie für die Vorschrift, nach der bei bestimmten Folgeanträgen auf eine „erneute Abschiebungsandrohung“ verzichtet werden kann.

Bei diesen Regelungen sind keine ähnlich langen Übergangsfristen zur Vorbereitung der Verwaltung auf das neue Recht notwendig wie bei den Vorschriften, die den materiellen Kernbereich des Ausländerrechts selbst betreffen. Es ist möglich, diese verfahrensbeschleunigenden Regelungen schon vor dem 1. Januar 1991, nämlich zum 15. Oktober dieses Jahres in Kraft zu setzen. Wenn uns dies gelingt, werden wir einen Teil der Beschwerden durch den Asylbewerberzustrom mildern können. Auf die Chance, hier wenigstens in Teilbereichen Entlastung zu schaffen, dürfen wir angesichts des derzeit außerordentlich hohen Zugangs von Asylbewerbern nicht verzichten. ■

„Lafontaine – weg!“

Wie schlecht die Stimmung in der SPD ist, zeigt der neueste Witz über den Wahlslogan. Ein Abgeordneter hat den Slogan „Lafontaine – der neue Weg“ umgedeutet: „Lafontaine – der Neue – weg!“

Volker Rühle zum Parteivermögen der ehemaligen Ost-CDU

Generalsekretär Volker Rühle legte am Mittwoch, 31. Oktober 1990, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus im Rahmen einer Pressekonferenz die Vermögenslage der ehemaligen CDU der DDR vor und erklärte dazu:

Auf unsere Initiative ist in den Einigungsvertrag eine Regelung über das Parteivermögen derart aufgenommen worden, daß dieses Vermögen ohne jegliche Einschränkung mit dem Tag der deutschen Wiedervereinigung in die Verfügungsgewalt der Treuhandanstalt übergegangen ist.

Ziel unserer Initiative war und ist es, die baldmögliche Rückführung des Vermögens an die früher Berechtigten oder deren Rechtsnachfolger zu ermöglichen. Soweit eine solche Rückführung nicht möglich ist, soll das Vermögen zugunsten gemeinnütziger Zwecke, insbesondere der wirtschaftlichen Umstrukturierung in der DDR verwendet werden.

Diese Verpflichtungen sind mit der SPD einvernehmlich vereinbart worden.

Darüber hinaus haben wir uns mit dem Einigungsvertrag verpflichtet, über das Vermögen der CDU der DDR zum Zeitpunkt der Vereinigung mit ihr bis zum 1. November 1990 eine Schlußbilanz und eine Eröffnungsbilanz vorzulegen, die den Kriterien des § 24 Abs. 4 des Parteiengesetzes entspricht (Protokoll zum Einigungsvertrag, Ziffer 17).

Die CDU ist dieser Verpflichtung heute nachgekommen. Sie hat den Bericht über die Prüfung der Schlußbilanz zum 30. September 1990 und der Eröffnungsbilanz zum 1. Oktober 1990 der CDU der

DDR heute der Bundestagspräsidentin übergeben.

Aus der Bilanz ergibt sich, was ich bereits im Bundestag und auf dem Hamburger Parteitag gesagt habe:

1. Das gesamte Parteivermögen der CDU der DDR steht unter Verwaltung der Treuhandanstalt und ist damit nicht frei verfügbar.

2. Wir verzichten auf die Objekte, die in unserem Eigentum stehen, und zwar jetzt und für die Zukunft.

3. Wir verzichten ebenfalls jetzt und für die Zukunft auch auf Ansprüche, die sich ergeben aus Nutzungsrechten — also Rechtsträgerschaften — an Objekten, auch soweit es im Zusammenhang mit solchen Nutzungsrechten zu Investitionen gekommen ist. Soweit Haus- und Grundvermögen in Besitz von Landes-, Bezirks- oder Kreisverbänden ist, fordern wir unsere Gliederungen, die rechtlich selbständig sind, auf, ebenso zu verfahren.

4. Die Treuhandanstalt hat bisher noch keine oder nach unseren Vorstellungen noch keine marktgerechten Mieten für die von der CDU der DDR als Rechtsträger oder Mieter genutzten Grundstücke und Gebäude erhoben. Ich habe deshalb den Vorsitzenden der Treuhandanstalt, Herrn Dr. Rohwedder, sowie den Vorsitzenden der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte der Parteien und Massenorganisationen der früheren DDR, Herrn Reinicke, schriftlich aufgefordert, für alle Objekte, die gegenwärtig von der CDU genutzt werden, ab dem 1. Oktober 1990 angemessene und marktgerechte Mieten festzusetzen.

5. Der Schatzmeister der CDU wird zum 1. Dezember dieses Jahres eine eidesstattliche Versicherung abgeben, daß im Wahlkampf kein Vermögen der CDU der DDR eingesetzt wurde.

Zur Bilanz lassen Sie mich folgendes feststellen:

Testat

Nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages bedürfen die Bilanzen keines Testates. Entsprechend der Prüfungspflicht des Parteiengesetzes hat die CDU gleichwohl die Bilanz durch Herrn Prof. Dr. Erwin Pougin, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, prüfen lassen.

Die CDU hat schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt erklärt, daß sie die Öffentlichkeit umfassend über „das Vermögen“ der CDU der DDR unterrichten wird. Wir sind dieser Ankündigung immer nachgekommen. In Fortführung dieser Unterrichtung der Öffentlichkeit überreichen wir Ihnen heute auch den kompletten Prüfungsbericht.

Treuhanderschaft über das Vermögen der Partei

Ich darf in Erinnerung rufen, daß mit Einfügung der §§ 20 a und b in das Parteiengesetz der DDR vom 21. Februar 1990 eine Unabhängige Kommission (sog. Reinicke-Kommission) zur Feststellung der Vermögenswerte zum 7. Oktober 1989 aller Parteien und Massenorganisationen der DDR eingesetzt wurde. Zur Sicherung der Vermögenswerte der Parteien und Massenorganisationen wurden die Vermögen der Parteien ab dem 1. Juni 1990 unter treuhänderische Verwaltung der Reinicke-Kommission gestellt. Mit dem Einigungsvertrag sind diese Bestimmungen ausdrücklich bestätigt worden mit der Maßgabe, daß nunmehr die treuhänderische Verwaltung der Parteivermö-

gen der Treuhandanstalt zugewiesen worden ist. Sie hat sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Reinicke-Kommission abzustimmen.

Damit ist den Parteien insoweit die freie Verfügung über ihr Vermögen entzogen.

Bemerkungen zur Bilanz

Bevor ich zu Einzelheiten der Bilanzen komme, stelle ich fest:

Die CDU der DDR verfügt nicht über das Milliarden-Vermögen, das ihr von den politischen Gegnern angedichtet worden ist. Die Bilanzen zeigen, daß sie als Unterschied zwischen den Besitzposten und Schuldposten ein Reinvermögen von ca. 13 Mio. DM hat. Hierin sind die Vermögen der Demokratischen Bauernpartei und des Demokratischen Aufbruch bereits voll enthalten. DBD und DA hatten sich mit der CDU der DDR vor dem 30. September 1990 vereinigt. Die Zahlen machen auch deutlich, daß die CDU von der SPD bewußt verunglimpft und verleumdet werden sollte.

1. Zum Anlagevermögen:

Die CDU hat Haus- und Grundvermögen im Eigentum und in Rechtsträgerschaft. Der Bilanz können Sie entnehmen, daß die CDU in der früheren DDR einschließlich der mit ihr am 1. September 1990 fusionierten Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (der Demokratische Aufbruch verfügte nicht über Haus- und Grundbesitz) auf allen ihren Ebenen über Haus- und Grundvermögen im Eigentum lediglich im Gesamtwert von rund 1,3 Mio. DM verfügt. Dies ist der Wert gemäß der in der DDR allgemein geführten Grundmittelkartei.

Dabei handelt es sich um die folgenden sechs Objekte:

CDU

1. Dienstgebäude Suhl

2. Dienstgebäude Schmalkalden
3. Dienstgebäude Stadtroda

DBD

4. Unbebautes Grundstück Berlin
5. Haus in Neubrandenburg
6. Ferienobjekt in Waren

2. Haus- und Grundbesitz in Rechtsträgerschaft

Zunächst einmal darf ich den Begriff der Rechtsträgerschaft erläutern:

Dies ist ein Rechtsinstitut, das wir in der Bundesrepublik nicht kennen. Es wurde von den staatlichen Organen an volkseigenen Grundstücken und Gebäuden verliehen. Nach dem Rechtslexikon, herausgegeben vom Staatsverlag der DDR, Berlin 1988, Seite 301, obliegt dem Rechtsträger „vor allem die Rechtspflicht, die ihm zugeordneten bzw. anvertrauten volkseigenen Grundstücke, Gebäude und baulichen Anlagen bzw. volkseigenen unbeweglichen Grundmittel vollständig und effektiv zu nutzen, zu bewirtschaften und zu erhalten und ihren Schutz zu gewährleisten.“

Die Veränderung der Rechtsträgerschaft ist im Wege des Rechtsträgerwechsels auf der Grundlage von Rechtsvorschriften möglich (z.B. durch Vereinbarung oder durch Kündigung des dazu befugten Staatsorgans). Die Rechtsträgerschaft stellt daher kein Eigentum in unserem Sinne dar.

In Rechtsträgerschaft stehen die nachfolgenden Objekte:

CDU

1. Dienstgebäude der Zentrale, Berlin
2. Dienstgebäude BV Erfurt
3. Dienstgebäude BV Fankfurt
4. Dienstgebäude BV Gera
5. Dienstgebäude BV Halle
6. Dienstgebäude BV Chemnitz
7. Dienstgebäude BV Leipzig

8. Dienstgebäude BV Magdeburg
9. Dienstgebäude BV Neubrandenburg
10. Dienstgebäude BV Potsdam „Alte Wache“
11. Zentrales Schulungszentrum, Burgscheidungen

DBD

1. Haus des Parteivorstandes, Berlin
2. Objekt Wartenberg, Berlin
3. Zentrale Bildungsstätte Borkheide
4. Bungalow Borkheide, Borkheide
5. Bildungsstätte Bad Kleinen, Bad Kleinen
6. Bildungsstätte Leipzig, Leipzig
7. Gästehaus Muldenberg, Muldenberg
8. Schulungs- und Ferienhaus Gollwitz/Poel, Gollwitz
9. Verwaltungsobjekt KS Neubrandenburg, Neubrandenburg
10. Verwaltungsobjekt BV Rostock
11. Erholungsobjekt Doppelbungalow, Rostock-Diedrichshagen
12. Verwaltungsobjekt KV Rügen
13. Ferienobjekt Nienhäger Hütte
14. Verwaltungsobjekt BV Dresden
15. Erholungsobjekt Bungalow, Talsperre Quitzdorf
16. Verwaltungsobjekt BV Chemnitz
17. Verwaltungsobjekt KV Leipzig Land und Stadt
18. Verwaltungsobjekt BV Halle
19. Erholungsobjekt Bungalow-Siedlung, Meisdorf
20. Erholungsobjekt Bungalow Schrampe, Magdeburg
21. Verwaltungsobjekt BV Cottbus
22. Erholungsobjekt Bungalow, Kreis Lützen, Jessern
23. Verwaltungsobjekt BV Potsdam
24. Verwaltungsobjekt BV Erfurt
25. Erholungsobjekt Bungalow, Engelsbach
26. Verwaltungsobjekt BV Gera

- 27. Erholungsobjekte Königsee
- 28. Verwaltungsobjekt KV Lobenstein
- 29. Verwaltungsobjekt BV Suhl
- 30. Diverse Garagen

3. Geschäftsstellenausstattung

Die Geschäftsstellenausstattung wurde entsprechend der bisher von allen west-deutschen Parteien geübten Praxis der Berichterstattung nach den Bestimmungen des § 24 des Parteiengesetzes wegen geringfügigen Einzelwerte nicht gesondert aufgenommen und bewertet.

Dies ist hier auch deshalb geboten, weil es sich ganz überwiegend um alte Gegenstände handelt, die nach unseren Bilanzierungsvorschriften längst hätten abgeschrieben werden müssen.

4. Finanzanlagen

Die CDU ist alleiniger Gesellschafter der UVG Union Verwaltungsgesellschaft mbH in Gründung.

Die UVG hat ein Nominalkapital von 15 Mio. DM.

Zur UVG gehören eine Reihe von Wirtschaftsbetrieben, die im Bericht aufgeführt sind.

Da sich in nahezu allen Betrieben infolge der geänderten wirtschaftlichen Situation seit 1990 deutliche Umsatzrückgänge ergeben haben, die dazu führten, daß die UVG mbH i.G. Liquiditätszuschüsse in nicht unbeachtlicher Höhe leisten muß, um die Verluste der Betriebe auszugleichen, und nach dem derzeitigen Kenntnisstand davon auszugehen ist, daß sich die Ertragssituation in absehbarer Zukunft nicht verbessern wird, ist die Beteiligung abgeschrieben und nur mit dem Erinnerungswert von DM 1,00 bewertet worden.

Ich verweise an dieser Stelle auch noch einmal auf die Bestimmungen des Einigungsvertrages. Danach ist die Treuhand-

anstalt verpflichtet, Eigentum an die früheren Besitzer oder deren Rechtsnachfolger zurückzuführen oder gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Auch deshalb haben wir in der Bilanz die Finanzanlagen mit einem Erinnerungswert von 1,— DM ausgewiesen.

Weitere Finanzanlagen als die Beteiligung an der UVG hat die CDU nicht.

5. Geldbestände

Die Geldbestände aller Ebenen unserer Partei in der ehemaligen DDR einschließlich DBD und DA stammen aus Mittelzuflüssen seit 1. Januar 1990: Sie resultieren im wesentlichen aus der Wahlkampfkostenersatzung zur Volkskammer- und zur Kommunalwahl und aus staatlichen Zuschüssen, die allen politischen Parteien nach den damals jeweils geltenden Bestimmungen zugeflossen sind, darüber hinaus aus Mitgliedsbeiträgen.

6. Rückstellungen

Wir haben Rückstellungen gebildet in einer Höhe von insgesamt 14 Mio. DM. Dadurch vermindert sich das Reinvermögen (zum Stand 30. September 1990) auf rund 13 Mio. DM. Sie dienen der Abdeckung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen und sonstigen vorhandenen Risiken.

Europäische Mittelstandsunion

Auf der Generalversammlung der Europäischen Mittelstandsunion (EMSU) in Den Haag wurde der Vorsitzende des Königlich-Niederländischen Unternehmensverbandes (KNOV), Jan Kamminga, zum neuen EMSU-Präsidenten gewählt. Er tritt die Nachfolge des CSU-Europaabgeordneten Ingo Friedrich an, der die EMSU 6 Jahre führte und nicht mehr kandidierte.

Heiner Geißler:

Widersprüche und Defizite – das SPD-Programm „Fortschritt 90“

Anlässlich einer Buchpräsentation hielt CDU-Präsidiumsmitglied Heiner Geißler eine Rede über das SPD-Wahlprogramm „Fortschritt 90“, die wir nachstehend in gekürzter und redaktionell überarbeiteter Fassung dokumentieren.

Die heiligen Kühe der SPD

Wenn man das SPD-Programm „Fortschritt 90“ unvoreingenommen liest, dann könnte man zunächst zu einem schnellen Urteil kommen: Was gut ist, ist von der CDU abgeschrieben, was schlecht ist, ist typisches sozialdemokratisches Gedankengut.

In der Tat finden sich in diesem Programm eine Menge vertrauter Gedanken und Begriffe, wie z.B. neue Armut (endlich), Soziale Marktwirtschaft, sogar ökologisch-soziale Marktwirtschaft, Erziehungsgeld, Elternurlaub, Umbau des Sozialstaates, Pflegebedürftigkeit, um einige wichtige Begriffe zu nennen.

Aber man begegnet im Programm nach – fast vollzählig – den Heiligen Kühen der SPD: Ausstieg aus der Kernenergie, Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffungsprogramme, „demokratische Wirtschaftsstrukturen“, Wertschöpfungsabgabe. Doch auch Heilige Kühe sind Rindviecher und haben keine hohen Intelligenzquotienten.

Was auffällt an diesem Programm ist zunächst einmal, was nicht drinsteht: Es sind die Defizite. Es bleibt ein unaufgelöster Widerspruch, daß die SPD von sich behauptet, mit „Fortschritt 90“ habe sie

als einzige Partei ein „in sich geschlossenes Konzept“, mit dem ein vereintes Deutschland auf die Herausforderungen der Zukunft gut vorbereitet sei. Es kann sich aber nicht um ein geschlossenes Konzept handeln, wenn wichtige Bereiche, wie die Bildungs- und Kulturpolitik, die Kommunikationspolitik, die Innenpolitik einschließlich der Politik gegenüber den Ausländern und vor allem fast die gesamte Außenpolitik fehlen.

Nachgeschobene Aussagen zur Deutschlandpolitik

Im Programm selber werden die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und auch die finanziellen Probleme im Zuge der deutschen Einheit beschrieben. Aber man merkt zunächst einmal, daß diese Probleme nachgeschoben sind. Die SPD-Kommission war in ihrer zweijährigen Arbeit offenbar auf die Entwicklung zur deutschen Einigung nicht sonderlich vorbereitet. Die Vorschläge für die frühere DDR und das neue Gesamtdeutschland wirken aufgepfropft, angeklebt und inhaltlich nicht integriert.

Während die SPD in den 50er Jahren zu Recht als Wiedervereinigungspartei bezeichnet werden konnte – nicht umsonst hat Gustav Heinemann mit seiner GVP eine politische Heimat in der SPD zusammen mit Erhard Eppler gefunden –, ist die Sozialdemokratische Partei seit Übernahme ihrer Regierungsverantwortung im Jahre 1969, also in den beiden letzten Jahrzehnten, der Frage nach der deutschen Einheit bewußt ausgewichen.

Die Sozialdemokraten haben die deutsche Frage nicht als eine Freiheitsfrage, sondern fast ausschließlich nur als Sicherheitsfrage betrachtet. Es ist interessant, daß im Grundsatzprogramm der SPD gerade 19 Zeilen über die deutsche Frage enthalten sind.

Im „Fortschritt 90“ heißt es: „Für uns geht es deshalb erst um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR. Nicht die staatliche Organisation der Einigung Deutschlands steht für uns im Vordergrund. Unser Zukunftsprojekt ist vielmehr die Organisation von sozialer Gerechtigkeit, die Verwirklichung der ökologischen Erneuerung.“ Als ob beides Gegensätze wären! Jedermann weiß, daß die staatliche Einheit die Voraussetzung dafür ist, daß die Lebensbedingungen verbessert werden können.

Auf das Nationale beschränkt

Dann sagt die SPD, mit ihrem Konzept sei sie auf die Herausforderungen der Zukunft gut vorbereitet. Werden aber die Herausforderungen der Zukunft überhaupt genannt? Die beginnende Völkerwanderung, die Umwelt-, Außenpolitik werden weder inhaltlich noch verbal behandelt, obwohl das ökologische Desaster nun wirklich keinen lokalen, sondern globalen Charakter hat. Das Programm bietet eine auf das Nationale beschränkte Position. Das ist zu beschränkt.

Die alten Sozialisten Marx und Lasalle beschäftigten sich mit der Situation des Industrieproletariats und versuchten, auf die alte soziale Frage eine Antwort zu geben. Sie stellten die richtigen Fragen, gaben aber falsche Antworten, wie die verhängnisvolle Geschichte des Marxismus in den letzten 140 Jahren bewiesen hat. Wenn man „Fortschritt 90“ liest, gewinnt man den Eindruck: Die heutigen

Sozialisten stellen nicht einmal mehr die richtigen Fragen.

Was über die Abrüstung gesagt wird, ist im Ziel richtig. Die Abrüstung wird möglich durch die friedliche Revolution. Aber die Abrüstung ist nicht die einzige Bedingung der Sicherheit, wie das Programm suggeriert. Die dauerhafte Sicherung der Menschenrechte und der Demokratie in Mittel- und Osteuropa ist nur möglich durch die friedliche Revolution. Aber die Abrüstung ist nicht die einzige Bedingung der Sicherheit, wie das Programm suggeriert. Die dauerhafte Sicherung der Menschenrechte und der Demokratie in Mittel- und Osteuropa ist die eigentliche Garantie für den Frieden. Nicht die Waffen waren die Ursache für die Spannungen zwischen Ost und West, sondern die Unvereinbarkeit von Freiheit und Unfreiheit.

Die sogenannten Kosten der Einheit

Was soll angesichts der globalen Herausforderungen das Lamento wegen der Finanzierung der deutschen Einheit? In Wirklichkeit handelt es sich ja nicht um die Kosten der deutschen Einheit, sondern um die Kosten, die 40 Jahre sozialistische Mißwirtschaft verursacht haben.

5 Milliarden DM will die SPD bei der Bundeswehr einsparen. Die zusätzlich geplante Einsparung für den Jäger 90 hat die SPD laut Herrn Klimpt, dem Wahlkampfleiter von Oskar Lafontaine, inzwischen schon fünfmal verteilt. Das Programm schlägt Steuererhöhungen vor, mittlerweile wurde die Ergänzungsabgabe nachgeschoben, gleichzeitig Steuerenkungen, eine Fernpendlerpauschale offenbar auch für Radfahrer, höhere soziale Ausgleichsleistungen für Nichtsteuerzahler, eine steuerfreie Investitionsrücklage, gleichzeitig einen wertschöpf-

fungsorientierten Arbeitgeberbeitrag, Mehrausgaben in Milliardenhöhe für den Wohnungsbau, für Qualifizierungsprogramme, die Familien, die Verzehnfachung des Sparerfreibetrages, gleichzeitig die Abschaffung des Kinderfreibetrages, die teilweise Zurücknahme der Gesundheitsreform, die Einführung einer Pflegeversicherung und einer sozialen Grundversicherung, um diesen Katalog, der nicht vollständig ist, hier einmal zu beenden. Parallel dazu streitet die SPD mit der Bundesregierung über die Frage, wieviel der Bundeshaushalt für die neuen Bundesländer in den kommenden Jahren aufwenden muß. Wollen wir uns streiten, ob es hundert Milliarden werden oder nur 70 oder 200 Milliarden? Der SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose war so ehrlich zu sagen, daß auch er es nicht weiß. Wir wissen noch nicht einmal, wie hoch die Kombinate in der früheren DDR real gegenüber der alten DDR-Staatsbank verschuldet sind und werden es erst wissen, wenn die Eröffnungsbilanzen vorliegen.

Der „Fortschritt 90“ ist ein Wahlprogramm; aber angesichts der heutigen Unwägbarkeiten, die nicht willkürlich, sondern durch die geschichtliche Entwicklung und die Einmaligkeit des politischen Ereignisses bedingt sind, hat der Wähler nicht die Aufgabe zu entscheiden, wer am besten schätzen kann, sondern welcher Partei er am ehesten zutraut, mit diesen Problem und Herausforderungen fertig zu werden.

Mit großem Erstaunen las ich im Programm den Satz: „Da, wo es wirtschaftlich und sozial schwierig wurde in Deutschland, haben die Menschen auf uns Sozialdemokraten gesetzt.“ Erich Kästner hat einmal gesagt: „Wer das Schöne im Leben vergißt, wird böse, und wer das Schlechte im Leben vergißt, wird dumm.“ Die Leute werden nicht so

dumm sein, zu vergessen, daß am Ende der SPD-Regierung 1981 und 1982 die Bundesrepublik Deutschland die größte Wirtschaftskrise seit der Währungsreform erlebte. Das Schicksal in der Gestalt von Leonid Breschnew hat uns davor bewahrt, daß die deutsche Einigung nicht 1981/82 gekommen ist, obwohl den Deutschen in der damaligen DDR die Freiheit schon damals sehr zu gönnen gewesen wäre. Man stelle sich einmal vor, diese gewaltigen Aufgaben hätten von der SPD mitten in der von ihr herbeigeführten Rezession, bei einer Inflationsrate von 6 bis 7 Prozent und sinkenden Reallöhnen, bewältigt werden müssen.

Die Widersprüche der SPD Familienpolitik

In der Familienpolitik spricht das SPD-Programm die Grundprobleme richtig an. Aber dann heißt es: „Die Kohl-Regierung hat in der Familienpolitik viel lamentiert, zu Strukturreformen war sie nicht fähig.“ Die Bundesregierung hat aber das Erziehungsgeld eingeführt, die in der Rentengeschichte fast revolutionäre Anerkennung von Erziehungsjahren, den Erziehungsurlaub, die Beschäftigungsgarantie. Wenn dies keine Strukturreformen waren, warum schlägt dann die SPD den Ausbau eines Teiles dieser familienpolitischen CDU-Entscheidungen ausdrücklich als Schwerpunkt ihres familienpolitischen Programms vor?

Lassen wir es beim dualen Familienlasterausgleich! Ausgaben für seine Kinder sollte man nicht auch noch versteuern müssen. Der Kinderfreibetrag hat eine jährliche dynamische Wirkung. Das Kindergeld ist im übrigen unter der Regierungsverantwortung der SPD jahrelang nicht erhöht, im Gegenteil, sogar gekürzt worden.

Die Öko-Steuer ist einer der zentralen Punkte des SPD-Programms. Sie besteht nicht nur in einer Verteuerung des Benzins um 45 bzw. 50 Pfennig, sondern bezieht auch Heizöl und Gas mit ein.

Die Öko-Steuer – ein umweltpolitisches Nullsummenspiel

Der Weg zu einem integrierten Umweltschutz, der sich über die Einhaltung ordnungsrechtlich vorgegebener Grenzwerte hinaus wirtschaftlich lohnt, geht vor allem über den Preis. Lenkungsabgaben können ein Instrument sein. Aber das Ziel einer Lenkungsabgabe darf es nicht sein, Aufkommen zu erzielen, sondern muß es sein, umweltfreundliches Verhalten zu fördern. Speziellen Güter- und Produktabgaben ist aber deshalb skeptisch gegenüberzustehen, weil sie am Ende einer umweltbelastenden Produktion stehen und nicht auf die Herstellung umweltfreundlicher Produkte hinwirken. Dies ist das Manko der Öko-Steuern, wie sie von der SPD vorgeschlagen werden.

In der Praxis läuft „Fortschritt 90“ so ab: Die Leute zahlen an den Tankstellen höhere Benzinpreise. Die Tankstelleninhaber führen mehr Steuern an das Finanzamt ab. Dort reichen die Autofahrerinnen und Autofahrer ihre Steuererklärungen ein und erhalten den an der Tankstelle gezahlten Aufpreis auf das Benzin vom Finanzamt wieder zurück, damit sie sich den teuren Kraftstoff weiter leisten können. Das ist weder ein Anreiz für geringeren Energieverbrauch, noch ein Anreiz für die Automobilindustrie, umweltfreundlichere, also sparsamere und schadstoffärmere Fahrzeuge herzustellen und damit ein umweltpolitisches Nullsummenspiel. Hans Apel hat es so ausgedrückt: „Bei den SPD-Plänen tanzen die Autofahrer wie bisher, aber voller Wut den teuren Sprit und warten darauf,

daß sie bei der Lohnsteuerrückerstattung das Geld wiederbekommen.“ Getreu dem Motto „Warum einfach, wenn es auch umständlich geht“ ändert sich am alten Zustand überhaupt nichts, außer der Tatsache, daß der Bürokratie ein neues Beschäftigungsfeld eröffnet wird.

Für uns gilt: Wir brauchen ein klares Ordnungsrecht für den Höchstverbrauch bei Autos, d. h., eine Festlegung des Flottenverbrauchs wie in den Vereinigten Staaten, mit der beispielsweise durch Verordnungen sichergestellt werden soll, daß die deutsche Automobilflotte bis zu Ende dieses Jahrhunderts noch maximal 5 bis 5½ Liter Benzin pro 100 km verbraucht.

Lenkungsabgaben müssen dort ansetzen, wo Umwelt unmittelbar in Anspruch genommen wird, also z. B. an den Emissionen, die aus dem Schornstein, dem Kanalrohr oder dem Auspuff herauskommen oder an den Verpackungen, die letztlich als Abfall auf Deponien gelangen; d. h., die Lenkungsabgaben dürfen nicht den Verbraucher bestrafen, der umweltfeindliche Apparate und umweltfeindliche Stoffe nach wie vor mangels Alternativen nur teurer benutzen muß, sondern sie müssen die Industrie zwingen, von vornherein umweltfeindlichere Apparate, also z. B. abgasarme Autos und umweltfreundlichere Stoffe, wie z. B. bleifreies Benzin, herzustellen. Deswegen ist die Erhöhung der Benzinsteuer umweltpolitisch falsch, aber die gesplittete Kfz-Steuer richtig gewesen. Und aus diesem Grunde ist dazu ergänzend eine Kfz-Besteuerung notwendig, die an den Emissionen orientiert ist und die entscheidende Signale für die Konstrukteure von Autos bewirkt. Übrigens: Einer solchen Neuorientierung der Kfz-Steuer haben vor kurzem alle Länder-Finanzminister — auch die der SPD — zugestimmt.

Dann schreibt die SPD in ihrem Programm: „Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben die Erhardsche Marktwirtschaft erfolgreich zu einer gemischten Wirtschaftsordnung entwickelt.“ Das ist ungefähr so, wie wenn der Papst behauptete, die Katholische Kirche habe durch das Verbot der Pille die Überbevölkerung auf der Erde beseitigt.

Die SPD und Ludwig Erhard

„Wohlstand für alle“ war die Parole der Sozialen Marktwirtschaft von Anfang an und bleibt natürlich auch eine Verpflichtung für die Zukunft. Und alle großen Sozialgesetze in der Bundesrepublik Deutschland sind von der CDU initiiert und mit ihren Mehrheiten verabschiedet worden: Das Betriebsverfassungsgesetz, die Montanmitbestimmung, das Bundesversorgungsgesetz, der Familienlastenausgleich (damals von der SPD als Bock- und Sprunggeld diffamiert), die brutto-lohnbezogene dynamische Rente, die gesamte Sparförderung, das 312-DM-Gesetz, das Bundessozialhilfegesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz, der Lastenausgleich für 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge, das Arbeitsförderungsgesetz, das Ausbildungsförderungsgesetz und jetzt, seit 1982/83 wirklich epochenmachende soziale Gesetze, wie das Berufsförderungsgesetz, das Erziehungsgeldgesetz, das Erziehungsurlaubsgesetz mit Arbeitsplatzgarantie für berufstätige Frauen, die Anerkennung von Erziehungsjahren, die Rentenreform, während mir aus der Zeit der Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten von 1969 bis 1982 kein einziges Gesetz einfällt, das qualitativ-inhaltlich von ähnlichem Kaliber wäre.

Allerdings hat Oskar Lafontaine die programmatischen Diskussionen zumindest innerhalb der SPD ein für allemal been-

det. Er sagte auf einer Pressekonferenz am 12. September 1990: „Für die Zukunft das abschließende Wort des Kanzlerkandidaten.“ In einem in diesem Jahr erschienenen Sonderheft der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ schrieb Oskar Lafontaine unter der Überschrift „Der Sozialismus und die neuen sozialen Bewegungen“: „Machen wir uns nichts vor: Gemessen an dem, was sozialistische Utopien verheißen, hat der Sozialismus, wo er die Macht im Staate erlangte, nicht allzuviel gebracht. Seine historischen Leistungen hat er mehr aus der Opposition erzielt, seine großen Siege in der Opposition errungen. Das gilt für die Kommunisten . . . Und das gilt für die demokratischen Sozialisten nicht minder.“

Dabei kann es bleiben. Für die Zukunft gilt das abschließende Wort des Kanzlerkandidaten. ■

Hilfe für Ungarn

Auf Initiative von Bundeskanzler Kohl hat der Europäische Rat auf seiner Sitzung am 27. und 28. Oktober 1990 in Rom ausdrücklich seine Solidarität mit den Bemühungen der ungarischen Regierung zum Ausdruck gebracht, die in diesem Lande aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu lösen und Ungarn auf eine marktorientierte Wirtschaft hinzuentwickeln.

In diesem Sinne werden die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten Ungarn bei der Überwindung seiner Probleme, insbesondere im Bereich der Energielieferungen unterstützen.

Im Auftrag des Bundeskanzlers ist eine deutsche Expertendelegation nach Budapest gereist, um sich vor Ort über die aktuelle Lage zu informieren und mit der ungarischen Seite die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich zu erörtern.

Katholische Vertriebenenorganisationen gegen Wahlverweigerung

Die katholischen Vertriebenenorganisationen haben alle Heimatvertriebenen aufgefordert, an der Bundestagswahl teilzunehmen und „nicht den falschen Weg der Wahlverweigerung“ zu beschreiten, heißt es in einem Aufruf der Bundesdelegiertenversammlung der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen (AKVO) in Königstein. Ihr Sprecher, der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Werner, erklärte, die Bundesregierung stehe im Wort, in nächster Zukunft die Gespräche zur Schaffung eines umfassenden deutsch-polnischen Vertragswerkes aufzunehmen.

Nach Meinung des CDU-Bundestagsabgeordneten ist es unerlässlich, daß ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen neben den Vereinbarungen einer notwendigen langfristigen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zusammenarbeit vor allen Dingen die polnische Zusicherung einer Garantie der Minderheitenrechte für die deutsche Volksgruppe enthalte. Die deutsch-polnische Grenze müsse eine „offene, zuverlässige Grenze“ werden. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken verlaufe positiv, sagte der Vertriebenen-Sprecher. Die Veränderungen in Ungarn seien zu begrüßen. Dagegen gäbe die Situation in Rumänien unverändert Anlaß zur Sorge. Kirchliches Leben könne sich trotz aller Veränderungen noch nicht ungehindert entwickeln.

Die Delegiertenversammlung anerkennt das große Verdienst des Bundeskanzlers um die Erreichung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Sie bedauert, daß das Land Niedersachsen als erstes Bundesland die Unterstützung der Arbeit der Vertriebenen wesentlich reduziert habe. Gerade angesichts der wachsenden Zahl der Aussiedler und Spätvertriebenen sei dies der falsche Weg.

Die Delegiertenversammlung dankt der Bundesregierung für die verstärkte Unterstützung der heimatpolitischen Arbeit der Vertriebenen. Diese Bundesregierung verdiene daher weiterhin das Vertrauen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler. ■

SPD lobt Bundesregierung

In dem im Oktober 1990 vorgelegten Wahlkampfhandbuch Nr. 3 der SPD, herausgegeben von SPD-Bundesgeschäftsführerin Fuchs, heißt es: „Die Teilung Deutschlands ist endgültig überwunden. Zum anderen erlebt die Bundesrepublik das achte Jahr einer weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur: Tarifabschlüsse mit Zuwachsraten von über 6 Prozent, ein Aufschwung in fast allen, auch den vormals krisengeschüttelten Branchen, dazu relativ stabile Preise. ...“

Vielen Dank für die Anerkennung!

Bauspar-Rekord

Die Bausparkassen rechnen in diesem Jahr mit einem Rekord bei neu abgeschlossenen Bausparverträgen. Allein in der ersten Jahreshälfte wurden 1,4 Millionen Verträge abgeschlossen. Vorjahr: 2,7 Millionen.

Für den Bundestags-Wahlkampf '90

Plakate

- Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland, Motiv I, DIN A1 (Abb. unten)

Bestell-Nr.: 7329

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM

- Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland, Motiv I, DIN A0

Bestell-Nr.: 7330

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 27,50 DM

- Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland, Motiv II, DIN A1 (Abb. rechts)

Bestell-Nr.: 7351

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM

Kanzler für Deutschland



Freiheit
Wohlstand
Sicherheit



Kanzler für Deutschland



CDU

Freiheit
Wohlstand
Sicherheit



- Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland, Motiv II, DIN A0

Bestell-Nr.: 7352

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 27,50 DM

- Slogan-Plakat „Gemeinsam schaffen wir's“, DIN A1 (Abb.)

Bestell-Nr.: 7353

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM

- Slogan-Plakat „Gemeinsam schaffen wir's“, DIN A0

Bestell-Nr.: 7354

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 27,50 DM

**Ja zu Deutschland
Ja zur Zukunft**

**Gemeinsam
schaffen
wir's**

CDU

**Freiheit
Wohlstand
Sicherheit**

- „Touch the future, die Jungen in der Union“, DIN A1 (Abb.)
Bestell-Nr.: 7336
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 25,- DM
- „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“, DIN A1
Bestell-Nr.: 7333
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 25,- DM
- „Wir sind ein Volk“, DIN A1
Bestell-Nr.: 7211
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 30,- DM
- „Einigkeit und Recht und Freiheit“, DIN A1
Bestell-Nr.: 7245
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 30,- DM

- „Einigkeit und Recht und Freiheit“, DIN A0

Bestell-Nr.: 7246

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 50,- DM

Rahmenplakate

- Rahmenplakat „CDU“ DIN A1

Bestell-Nr.: 8001

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 26,- DM

- Rahmenplakat „CDU“ DIN A0

Bestell-Nr.: 8000

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 46,- DM

- „Touch the future, die Jungen in der Union“, DIN A1

Bestell-Nr.: 8337

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 25,- DM

**TOUCH
THE
FUTURE!**

CDU

DIE JUNGEN IN DER UNION

● „Frauen-Union“, DIN A1
 Bestell-Nr.: 8181
 Mindestabnahme: 25 Exemplare
 Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM

● „Senioren-Union“, DIN A1
 Bestell-Nr.: 8119
 Mindestabnahme: 50 Exemplare
 Preis pro Verpackungseinheit: 25,- DM

Plakat-Überkleber

● „Wir danken für Ihr Vertrauen“
 (auf grün fluoreszierendem Papier,
 42,5x15 cm)
 Bestell-Nr.: 8196
 Mindestabnahme: 500 Exemplare
 Preis pro Verpackungseinheit: 49,50 DM

Neu im Angebot:

● **Das Wahlprogramm**
 Bestell-Nr.: 5368
 Mindestabnahme: 50 Exemplare
 Preis pro Verpackungseinheit: 20,- DM

● **Briefwahlprospekt**
 Bestell-Nr.: 2370
 Mindestabnahme: 100 Exemplare
 Preis pro Verpackungseinheit: 12,30 DM.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum,
 Postfach 1328
 4804 Versmold**

Darauf sollten Sie achten!

Unsere Wahlspots in ARD und ZDF

ARD und ZDF haben der CDU inzwischen die Sendetermine für die Wahlwerbespots zur Bundestagswahl verbindlich bekanntgegeben.

Im ARD-Programm sind die Wahlspots der CDU an folgenden Tagen zu sehen:

Freitag, 2. 11. 1990, ca. 20.15 Uhr
 Montag, 5. 11. 1990, ca. 22.00 Uhr
 Dienstag, 13. 11. 1990, ca. 21.45 Uhr
 Samstag, 17. 11. 1990, ca. 18.57 Uhr

Dienstag, 20. 11. 1990, ca. 20.15 Uhr
 Freitag, 23. 11. 1990, ca. 23.00 Uhr
 Montag, 26. 11. 1990, ca. 21.05 Uhr
 Freitag, 30. 11. 1990, ca. 21.40 Uhr

Das ZDF hat nachstehende Sendetermine zur Verfügung gestellt:

Freitag, 2. 11. 1990, ca. 19.21 Uhr
 Donnerstag, 8. 11. 1990, ca. 21.00 Uhr
 Samstag, 10. 11. 1990, ca. 18.10 Uhr
 Mittwoch, 14. 11. 1990, ca. 22.10 Uhr

Freitag, 16. 11. 1990, ca. 19.21 Uhr
 Samstag, 17. 11. 1990, ca. 22.10 Uhr
 Samstag, 24. 11. 1990, ca. 22.10 Uhr
 Freitag, 30. 11. 1990, ca. 19.21 Uhr

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wieder im Angebot: Der CDU-Schal

Mit dem bewährten CDU-Schal sind Sie nicht nur gegen die Kälte bestens gerüstet, sondern Sie machen außerdem damit auf sehr attraktive Weise Werbung für die CDU.

Bestell-Nr.: 9362
Mindestabnahme: 5 Stück
Preis pro Verpackungseinheit:
47,25 DM.

Der Preis versteht sich zuzüglich Mehrwertsteuer inklusive Versand.



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UID

35/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.